

BERLINER AMPEL FÜR REGIERUNGSHANDELN ABGESTRAFT

Hessenwahl bereitet mit Blick auf anstehende Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg „große Sorgen“! Was nun, Herr Rhein?

Ein Tag nach der Landtagswahl in Hessen ist es wie immer: Es gibt Gewinner und Verlierer in der Parteienlandschaft. Ist das so? Fakten sprechen am 9. Oktober 2023 nach der Hessenwahl für sich. Erschreckend ist für viele u. a. die Tatsache, dass Themen, die den öffentlichen Dienst in Hessen stark belasten und beschäftigen, beim „Alle gegen die Berliner Ampel“-Wahlkampf untergegangen sind.

Warum? Das liegt nicht zuletzt am starken bundespolitischen Fokus der Wählerinnen und Wähler. In einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen, bei der in der Woche vor der Landtagswahl 1.258 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte und 16.973 Wählerinnen und Wähler am Wahltag befragt wurden, gaben 40 Prozent an,

dass die Bundespolitik wichtiger für die Wahlentscheidung war als die Landespolitik.¹ Einzig der Lehrermangel in Hessen wurde im gesellschaftlichen Diskurs hessenweit aufgegriffen. Verfassungswidrige Beamtensbesoldung? Fehlanzeige. Umgang und Eingruppierung der Tarifbeschäftigten? Fehlanzeige. Personelle Ausstattung bei der hessischen Polizei? Fehlanzeige. Also alles gut? Die CDU Hessen konnte sich gelassen zurückziehen und ihre „Ampelkritik an der Bundesregierung“ als zentrales Thema immer wieder setzen. Wo blieben die hessischen Schwerpunkte? Was nun, Herr Rhein? Die demokratischen Parteien im Hessischen Landtag sind aufgerufen, sich umgehend und ernsthaft mit einer konstruktiven und schnellen Regierungsbildung zu befassen.

Ein richtungsweisender und zukunftsfähiger Koalitionsvertrag wird nötig sein. Dieser wird von der Wahlsiegerin und ihrer eigenen Schwerpunktthemen höchstwahrscheinlich dominiert. Es wird also schwer, für potenzielle Juniorpartner eine eigene Handschrift in einen Koalitionsvertrag einzubringen. Unsere Gesellschaft braucht

schnell eine handlungsfähige und demokratische Landesregierung. Wählerinnen und Wähler haben es nach dem Wahlkampf satt, parteibezogene Scharmützel in den Medien zur Kenntnis nehmen zu müssen. Lösungen für dringend anstehende Probleme müssen her! Der Rechtsruck in Hessen kann und darf nicht ignoriert werden. Die Paulskirche in Hessen symbolisiert wie kein anderer

Ort die Tradition einer demokratischen und freiheitlichen Verfassung für die deutsche Nation. Die hier von der ersten Deutschen Nationalversammlung 1849 verabschiedete Reichsverfassung mit ihren Grundrechten des Deutschen Volkes hat die Weimarer Verfassung von 1919 und das Grundgesetz für die BRD von 1949 geprägt. Und in unserem Hessenland hat die AfD das stärkste Wahlergebnis in einem westdeutschen Flächenland eingefahren. In Sachsen, Brandenburg und Thüringen stehen in diesem Jahr auch Landtagswahlen an. Das alles bereitet uns große Sorgen.

Gewerkschaftsbeirat tagt in Frankfurt am Main

Das höchste Gremium zwischen den Landesdelegiertentagen der GdP kam am 21. September 2023 im Haus am Dom in Frankfurt am Main zusammen. Eine ge-

plante Podiumsdiskussion musste aufgrund von Erkrankung eines Teilnehmers kurzfristig abgesagt werden. Das angebotene Themenportfolio überzeugte dennoch, was im Übrigen auch lebhaftere Diskussionen widerspiegeln. Die GLBV-Verantwortlichen deckten alle wichtigen Themen ab, die derzeit die hessischen Polizeibeschäftigten umtreiben. Wir haben klar formuliert, wie wir uns personelle und finanzielle Rahmenbedingungen in der hessischen Polizei künftig vorstellen. Der Gewerkschaftsbeirat stimmte geschlossen einem GdP-Plan zu:

- Die Polizei braucht konsequente Neueinstellungen (mindestens 2.000 mehr), um personelle Lücken schnell zu schließen und um den stetig wachsenden Herausforderungen wirksam zu begegnen. Rahmenbedingungen für Polizeianwärter sind dafür maßgebend! Mehr als 3,5 Millionen Überstunden sprechen für sich!
- Tarifabschlüsse müssen sich zeitgerecht an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen orientieren. Inflation und Sonderbelastungen müssen tabellenwirksam ausgeglichen werden.
- Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen sich immer an Recht und Gesetz halten. Das erwarten wir auch von unserem Dienstherrn. Wir fordern eine sofortige verfassungsgemäße Besoldung in Hessen!
- Die Polizeizulage muss finanziell dem Bund angepasst und wieder ruhegehaltsfähig gestellt werden. Auch für unsere Bestandspensionäre!
- Unser Polizeinachwuchs braucht bessere Studien- und soziale Rahmenbedingungen. Bezahlbarer Wohnraum während des Studiums muss zur Verfügung gestellt werden.
- Eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit muss nach 20 Jahren der 41-Stunden-Woche vollzogen werden. Die Arbeitszeit im Wechselschichtdienst muss deutlich reduziert werden!



Jens Mohrherr

Foto: GdP Hessen

¹ <https://www.rnd.de/politik/hessen-wahl-2023-wo-die-afd-besonders-stark-zulegen-konnte-EDNMLV-3RKRCP7GLDXABQ7KWFGL.html>



„Der Rechtsruck in Hessen kann und darf nicht ignoriert werden!“

- **Polizeibeschäftigte verdienen Respekt.** Die ansteigende Gewaltbereitschaft gegen die Polizei muss schnelle Konsequenzen und Verurteilungen nach sich ziehen.
- **Wir brauchen moderne IT-Strukturen.** Die Digitalisierung muss stärker vorangetrieben werden und bei der Bekämpfung der Kinderpornografie ist eine Vorratsdatenspeicherung essenziell!
- **Die Fürsorgepflicht für Polizeibeschäftigte** muss sich auch durch bessere Gesundheitsförderung für die Polizeibeschäftigten ausdrücken.

Videos und weitere Inhalte der Beiratssitzung haben wir in unserer GdP-Mediathek eingestellt und in diesem Heft an anderer Stelle veröffentlicht.



Polizeibeschäftigte im PP Südosthessen „reden KLARTEXT“

Ob es einem gefällt oder nicht: Die gewerkschaftsübergreifende Umfrage der im Personalrat beim PP Südosthessen vertretenen Gewerkschaften ist zwar nicht repräsentativ, dennoch lassen die 360 Rückläufe „aufhorchen!“ Der neue Polizeipräsident wurde also unmittelbar nach seiner Amtseinführung mit brennenden Themen seiner ihm anvertrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „unge-

filtert“ konfrontiert. Dafür trägt er keine Verantwortung, ist aber aufgerufen, sich der Problemstellungen anzunehmen. In welcher „Tiefe“ Daniel Muth jetzt in die Gespräche mit dem Personalratsgremium eintreten wird, bleibt abzuwarten. Fakt ist, dass drängende Problemschilderungen und Zustände, die diese Mitarbeiterumfrage widerspiegeln, zum schnellen Handeln auffordern. Das Ziel der Umfrage bestand in der Erhebung eines repräsentativen Meinungsbildes von möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen. In einem Zeitraum von zwei Wochen erreichten uns die Rückmeldungen von über 360 Kolleginnen und Kollegen aus sämtlichen Bereichen unseres Polizeipräsidiums, welche an der Umfrage teilgenommen hatten. Dabei beteiligten sich sowohl Tarifbeschäftigte als auch Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei. Die eingereichten Antworten werden zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen anonym behandelt. Die Umfrage umfasste insgesamt zehn Fragen. Sieben der Fragen erfassten die Meinung der Befragten mittels einer Skala von „1 – Ich stimme nicht zu“ bis „5 – Ich stimme zu“. Die übrigen drei Fragen wurden bewusst offen gestellt, sodass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit erhielten, auch Themen anzusprechen, welche ggf. noch nicht durch die geschlossenen Fragen erfasst wurden.

Hier geht es zu den Ergebnissen:



Hessisches Polizeipräsidium Einsatz (HPE)

Seit 1. November 2023 ist das „Hessische Polizeipräsidium Einsatz“ integraler Bestandteil der Sicherheitsarchitektur der hessischen Polizei. Personell in das bisherige Hessische Bereitschaftspolizeipräsidium hinzugekommen sind die Spezialeinheiten, die bei den Polizeipräsidien Nordhessen und Frankfurt am Main zuvor angegliedert waren. Auch die Aus- und Fortbildung wurde hierfür personell gestärkt. Wir freuen uns als GdP und Personalrat, dass mit Begründung der neuen Behörde nun auch der Personalkörper im HPE faktisch „zusammenwächst“! Am 5. Dezember 2023 wird die geplante zentrale Personalversammlung in Fernwald sicherlich mit dafür verantwortlich zeichnen, dass wir das auch gemeinsam hinbekommen. Staatssekretär Sauer hat sein Erscheinen bereits zugesagt und steht uns als Vertreter der amtierenden Landesregierung zur Verfügung.

In Bezug auf die Auflösung des Frankfurter SEK's hat sich die GdP eindeutig (als einzige Gewerkschaft übrigens) klar öffentlich, auch in Bezug auf die „Fehler- und Führungskultur“ geäußert: Der Vorsitzende der GdP Hessen, Jens Mohrherr, hat in einem Interview mit der „Welt“ klar gestellt, „dass der Eindruck der Vorverurteilung gegenüber Kollegen nach der Auflösung des Frankfurter SEK's noch immer besteht. Obwohl Strafverfahren eingestellt wurden, dauern einige Disziplinarverfahren und immer an. Warum? Man hat den Eindruck, dass ein „politisches Spiel“ auf den Rücken der Polizeibeschäftigten ausgetragen werde. Die Unschuldsvermutung ist ein hohes Gut, welche auch für Polizeibeamte gelten muss.“

Jens Mohrherr,
Landesvorsitzender

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden



Fotos: GdP Hessen



Landesvorsitzender Jens Mohrherr

BEIRATSSITZUNG DER GdP HESSEN

Im Schatten des Doms

Im Haus am Dom in der Frankfurter Innenstadt fand am 21. September 2023 die diesjährige Beiratssitzung der hessischen GdP statt. Das höchste Gremium zwischen den Landesdelegiertentagen kehrte nach vielen Jahren zurück in die Mainmetropole. Beim letzten Gastspiel dort veranstalteten wir vor vielen Jahren noch die traditionellen Wahlprüfsteine der GdP Hessen, es gab noch eine Podiumsdiskussion mit den innenpolitischen Sprechern der damaligen Fraktionen und alle folgten auch der Einladung.

Die Idee lebte im Vorfeld auch in diesem Jahr wieder auf. Der Gedanke, endlich wieder die Wahlprüfsteine zu veranstalten, konnte allerdings nicht umgesetzt werden, da die Damen und Herren Spitzenkandidaten es nicht für nötig hielten, sich so kurz vor

der Wahl den kritischen Fragen der größten Polizeigewerkschaft zu stellen. Direkte Demokratie, offensichtlich von Innenpolitikern mit großer Angst verbunden.

Da der Wahlkampf sich bereits in der heißen Phase befand, wollte man nur Kandida-

ten aus den hinteren Reihen des Landtags entsenden, die zudem noch ohne jegliche Entscheidungskompetenzen ausgestattet sind. Der Schatten des Doms weckte also diese Ängste und erinnerte alle zurück an die letzte Veranstaltung. Kritische Fragen zu Top-Ten-Themen und diese auch noch in Videoclips festgehalten und veröffentlicht. Aber nein, zum jetzigen Zeitpunkt produziert man wohl lieber angenehme Bilder mit Kindern in einem Freizeitpark oder bei nicht wirklich kritischen Würfelspielen in Gewerkschaftshäusern parteinaher Organisationen.

Der Landesvorstand entschloss, sich daher auf die eigentliche Funktion des Beirats zu konzentrieren und den Kreis- und Bezirksgruppenvorsitzenden Bericht zu erstatten. Themen gibt es in der Polizeilandschaft ja schließlich zu genüge! So war es nach dem Eintreffen der GdP-Funktionäre und der obligatorischen Begrüßung nicht verwunderlich, dass der Landesvorsitzende Jens Mohrherr das Wort ergriff und seine gewerkschaftspolitische Rede hielt. Darin wurden alle Punkte abgearbeitet, die seit dem letzten Landesdelegiertentag in Marburg im April 2022 auf der Agenda des geschäftsführenden Landesvorstands standen. Allen voran standen die „verfassungsgemäße Besoldung“ und „Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage“.

Gerade beim Thema Besoldung spielt die Politik deutlich auf Zeit und mit dem Feuer, weigert sie sich schließlich immer noch, entscheidende Verbesserungen in die Wege zu leiten. Die beiden Kampagnen, die diesbe-



Der Beirat setzt sich für die Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage und für eine amtsangemessene Besoldung ein.

zöglich in unserem Bundesland laufen, werden bekanntlich durch einschlägige Banner begleitet und befinden sich auf „Rundreise“ durch die einzelnen Bezirks- und Kreisgruppen. Das Thema Tarifverhandlungen wurde durch den Landesvorsitzenden nur am Rande gestreift, dieser Part wurde durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden und Tarifbeauftragten Heinz Schiskowsky intensiv beleuchtet.

Jens Mohrherr ließ mehrfach anklingen, wie skandalös die politisch Verantwortlichen, insbesondere die Landesregierung, mit den Polizeibeschäftigten umgehen und parteipolitische Scharmützel auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Die Einbeziehung und der Kontakt zu Gewerkschaften sind nahezu auf null gefallen. Gab es noch Zeiten, wo man eben diesen Kontakt intensiv suchte und auf die Expertise der polizeilichen Fachleute setzte, schaut dies heute anders aus. Gerade die, die heute beispielsweise Juniorpartner in der Landesregierung sind, benötigen offenbar diesen persönlichen Austausch mit der GdP Hessen nicht mehr. Ihre Ziele haben sie erreicht, Posten besetzt, nun hat man dies nicht mehr nötig.

Ohne weitere Themen von nachfolgenden Referenten zu tangieren, geht es eben manchmal nicht, daher baute Jens Mohrherr durch einleitende Worte den Spannungsbogen auf zu allem, was nach dem Landesvorsitzenden noch so kam. Hier ging es beispielsweise um die Themen Personalratswahlen, Nachwuchswerbung oder den Bearbeitungsstand der De-

legiertentagsbeschlüsse. Gerade beim Thema Personalratswahlen und Tarifverhandlungen 2024 schwor der Landesvorsitzende die anwesenden Funktionäre auf die Wichtigkeit dieser Wahlen bzw. Verhandlungen ein.

Nach dem gewerkschaftspolitischen Bericht folgte der Vortrag des stellvertretenden Landesvorsitzenden und Vorsitzenden des Hauptpersonalrats der hessischen Polizei, Karsten

reits nun aufgrund des vorgelegten Tempos die Polizei an und über ihre Grenzen bringt.

Es bleibt also spannend und der Hauptpersonalrat wird am Ball bleiben. Nachdem die Themen aus dem HPR abgeräumt waren, berichtete Karsten Bech über den Stand der „Arbeitsgruppe Personalratswahlen“. Hier sind die Vorbereitungen schon weit vorangeschritten und die Beteiligten mitten in



Sylvia Schwegel-Otto



Daniel Klimpke

Bech. Er berichtete quer durch die Themenslandschaft des HPR und referierte unter anderem über das Auswahlqualifizierungsverfahren für Nachwuchsführungskräfte (AQV),

landeseinheitliche Beurteilungsrichtlinien, die Beihilfe und vieles mehr. Durch die Überbegriffe „Haus der Polizei“ und „Schub 11“ befindet sich die hessische Polizei aktuell stark im Umbruch und bietet eine wohl bisher nie gekannte Themenvielfalt. Allen voran die Digitalisierung bringt eine Vielzahl an Neuerungen, die einerseits zwar längst überfällig waren, aber ande-

ihren einzelnen Aufträgen eingebunden. Unter anderem fanden Vorbereitungen der „Unterarbeitsgruppe Video“ statt.

Nach Karsten Bech folgten Daniel Klimpke und Christian Richter mit ihren Vorträgen. Daniel Klimpke berichtete im Detail über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der verfassungswidrigen Besoldung, der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage und die Neuerungen bei der Erschwerniszulagenverordnung. Nachdem der VGH in Kassel die hessische Besoldung für verfassungswidrig erklärte und das Verfahren an das Bundesverfassungsgericht verwiesen hatte, kam die Landesregierung pünktlich zu den Landtagswahlen mit zweimal 3 Prozent „um die Ecke“, um ihren guten Willen zu zeigen. Dies ist eher als Affront gegen die hessische Beamten-schaft zu werten denn als guter Wille. Genau dies machte die hessische GdP der Landesregierung im Nachgang auch deutlich. Wir dürfen weiter gespannt sein, wann und wie die Richter in Karlsruhe das ganze Verfahren bewerten und im Anschluss urteilen werden.



Nach der Besoldung berichtete Daniel Klimpke über die aktuelle Erhöhung der Erschwerniszulagenverordnung. Hier ist zum Stichtag 1. Juli 2023 eine Erhöhung um rund 25 Prozent erfolgt und die GdP-Forderung aus der Vergangenheit nach 5 Euro pro Stunde DuZ rückt näher. Machten sich blaue Mitbewerber noch (selbst) lächerlich über diese GdP-Forderung, müssen sie heute konstatieren, dass es eben diese dicken Bretter sind, die gebohrt werden müssen. Handeln ist angesagt, nicht auf „besseres Wetter“ warten. Auch wenn dieser Schritt sehr loblich ist, besteht noch Luft nach oben und auch die Dynamisierung lässt weiter auf sich warten.



Karsten Bech



Stefan Rüppel



Christian Richter

Hinsichtlich der Polizeizulage berichtete Daniel Klimpke über die unterschiedlichen Bedingungen im Bundesgebiet. Fünf Bundesländer haben die Ruhegehaltstfähigkeit (vorhanden oder wieder eingeführt), ganz frisch sind Schleswig-Holstein und der Bund dazugekommen.

Christian Richter übernahm danach das Podium und schilderte den aktuellen Stand der vielen Delegiertentagsbeschlüsse. Stichpunktartig wurde dargestellt und auf die Highlights wurde etwas intensiver eingegangen. Fünf Antragsblöcke mit weit über 100 Anträgen sind eine ordentliche Hausnummer, die auch zwischen den Landesdelegiertentagen bearbeitet werden müssen.

Stefan Rüppel schloss sich vor der Mittagspause mit seinem Vortrag aus dem Bereich der Nachwuchswerbung noch an. Hier konnte er wieder einmal mit guten Zahlen aufwarten und bekam vollkommen zu Recht auch lobende Worte des Landesvorsitzenden.

Der zweite Teil des Tages wurde fortgesetzt mit einem Grußwort des Bezirksverantwortlichen Mike Lazuga der Signal-Iduna als großen Kooperationspartner. Er stellte in seiner Funk-

tion die Rolle der Polizeiversicherungs-AG dar und damit die Verbindung zwischen Signal-Iduna und GdP. Passend dazu schloss sich der Bericht der LandeskassiererIn Sylvia Schwegel-Otto an, die mit der Vorstellung der Haushaltszahlen den trockenen Part der Berichte innehatte. Aber gewohnt souverän steuerte die „Frau der Zahlen“ durch ihr Programm und brachte den anwesenden Funktionären die Kassenentwicklung näher.

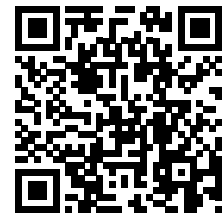
Bevor sich der Tag dem Ende neigte, kam der Vortrag von Heinz Schiskowsky zu den anstehenden Tarifverhandlungen. Die Erwartungen für einen ordentlichen Tarifabschluss sind groß. Das Ergebnis des Ab-

schlusses TV-öD hat diese Erwartungen, nicht ganz überraschend, geweckt. Bevor es im ersten Quartal 2024 in Hessen losgeht, stehen jedoch noch die Verhandlungen im Bereich der TV-L an. Diese werden ein weiterer Gradmesser für uns sein. Egal, ob es um die prozentuale Erhöhung oder einen möglichen Inflationsausgleich geht, wenn das Ergebnis gut werden soll, muss die Präsenz auf der Straße da sein, wenn es darauf ankommt. Die Strategie der kleinen Nadelstiche, häufige Demonstrationen an vielen Orten, hatte sich bei den TV-öD bewährt und sollen auch bei den weiteren Tarifrunden in TV-L und TV-H zum Erfolg führen. Sowohl Heinz Schiskowsky als auch Jens Mohrherr schworen alle Teilnehmer der Beiratssitzung darauf ein, in den Verhandlungsrunden selbst präsent zu sein und auch die Mitglieder in den einzelnen Bereichen zu mobilisieren.

Nachdem alle Beteiligten des Landesvorstands ihre Berichte übermittelt hatten und alle Fragen aus dem Plenum beantwortet waren, ergriff der Landesvorsitzende nochmals das Wort und verabschiedete alle Teilnehmer mit den besten Wünschen für die

anstehenden Aufgaben innerhalb unserer Gewerkschaft. Die GdP muss und wird stets weiter am Puls der Polizei bleiben, um die aktuellen Herausforderungen zu meistern und die Rahmenbedingungen der Beschäftigten stetig weiter zu verbessern. Gerade im Hinblick auf die großen Themen Besoldung und Polizeizulage wird der Druck weiter aufrechterhalten, wenn nötig auch weiter erhöht. Egal wie die Regierung nach den Wahlen auch aussehen mag.

Als Neuerung wurde die Beiratssitzung durch Sebastian Schubert digital begleitet. Entsprechende Bilder und Videoclips könnt ihr über die Homepage der GdP beziehungsweise den Social-Media-Kanälen (Instagram, Facebook, X/vormals Twitter) bewundern. Ein Video dazu gibt es auf unserem Youtube-Kanal:



Daniel Klimpke



Heinz Schiskowsky



IST DAS NOCH UNSERE POLIZEI?

Eine Umfrage unter den Beschäftigten des Polizeipräsidiums Südosthessen

Im September 2023 wurde im PP SOH eine Umfrage von BDK, DPolG und GdP Südosthessen durchgeführt, deren Ergebnisse hessenweit, aber auch über die Landesgrenzen hinaus auf Interesse stießen. Die Beteiligten würden sich freuen, wenn die Aktion Nachahmer findet, um auch Politik und Führung davon zum Nachdenken anzuregen. Hier der Originaltext der Pressemitteilung:

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Jahren stand die hessische Polizei und auch speziell das Polizeipräsidium Südosthessen regelmäßig im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit. Man denke nur an den Anschlag von Hanau und die nachfolgenden Berichterstattungen, wobei insbesondere die Frage nach der Aufklärung von möglichen Versäumnissen seitens der Polizei stets zentraler Gegenstand war. Vielmals steht die Polizei darüber hinaus im Blick der Öffentlichkeit, wenn es um den Wahlkampf in Hessen geht, wobei sie bedauerlicherweise unserer Meinung nach zum wiederholten Male fast ausschließlich auf begangene Fehler, wie z. B. den Vorwurf von „rechten Chatgruppen“, reduziert wird. Dies erachten wir als Gewerkschaften dem Großteil unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber unangemessen und unfair!

Doch was empfinden diejenigen, die für Recht und Gesetz nach wie vor eintreten sollen und das unter dem Aspekt, dass z. B. höchstrichterlich entschieden wurde, dass ihre Besoldung verfassungswidrig ist?

Aufgrund vieler persönlicher und auch im Rahmen gewerkschaftlicher Arbeit geführter Gespräche mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern festigte sich die Erkenntnis, dass zurzeit in unserem Polizeipräsidium Südosthessen einige Missstände vorliegen.

Zur Darstellung der Problematiken haben sich daher alle drei Gewerkschaften, die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG), der Bund Deutscher Kriminalbeamten (BDK) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) des Polizeipräsidiums Südosthessen, gemeinsam entschlossen, eine Umfrage unter dem Aspekt der „Berufszufriedenheit“ durchzuführen.

Das Ziel der Umfrage bestand in der Erhebung eines repräsentativen Meinungsbildes von möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen. In einem Zeitraum von zwei Wochen erreichten uns die Rückmeldungen von über 350 Kolleginnen und Kollegen aus sämtlichen Bereichen unseres Polizeipräsidiums, welche an der Umfrage teilgenommen hatten. Dabei beteiligten sich sowohl Tarifbeschäftigte als auch Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei. Die eingereichten Antworten werden zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen anonym behandelt.

Die Umfrage umfasst insgesamt zehn Fragen. Sieben der Fragen erfassten die Meinung der Befragten mittels einer Skala von „1 – Ich stimme nicht zu“ bis „5 – Ich stimme zu“. Die übrigen drei Fragen wurden bewusst offen gestellt, sodass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit erhielten, auch Themen anzusprechen, welche ggf. noch nicht durch die geschlossenen Fragen erfasst wurden.

Vor diesem Hintergrund umfasst die Pressemitteilung zunächst die wichtigsten Erkenntnisse aus der Umfrage und stellt diese zusammenfassend dar. Weitere Einzelheiten und Details können aus dem beigefügten Anhang entnommen werden.

Die wichtigsten gewonnenen Erkenntnisse

1. Über 66 % der befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden das Bundesland Hessen nicht als Arbeitgeber empfehlen.
2. Über 58 % der befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befürchteten Nachteile für die eigene Karriere oder haben Angst, Kritik offen und ehrlich zu äußern.



Fotos: GdP Hessen



3. Über die Hälfte der befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat sich schon mit dem Gedanken zu kündigen auseinandergesetzt.
4. Über 77 % der befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fühlen sich nicht ausreichend entlohnt (siehe verfassungswidrige Besoldung) und dementsprechend nicht ausreichend wertgeschätzt.
5. Über 85 % der befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben an, dass für ihren Arbeitsbereich nicht ausreichend Personal zur Verfügung steht.

Fazit und Rückschlüsse

Obwohl noch knapp über 50 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage angeben, mit ihrer Tätigkeit an sich zumindest teilweise zufrieden zu sein, offenbarten sich dennoch diverse, zum Teil äußerst alarmierende Erkenntnisse. Neben fehlendem Vertrauen in die Politik und die polizeiliche Führung zeigte sich ein essenzieller Bedarf hinsichtlich einer Personalaufstockung sowie zum Teil auch bei der Zurverfügungstellung adäquater Arbeitsausrüstung. Gleichzeitig offenbarte sich eine weitverbreitete Angst bezüglich potenzieller Konsequenzen bei Kritikäußerungen. Darüber hinaus wurde seitens der Befragten sehr oft die verfassungswidrige Besoldung in Hessen, die im Vergleich zu anderen Polizeien fehlende Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und schlechte Bedingungen im Tarifbereich genannt.

Dass daher die Mehrheit die Polizei Hessen als Arbeitgeber nicht oder teilwei-

se nicht weiterempfehlen kann, ist für uns somit sehr nachvollziehbar und plausibel. Oftmals wurde auch mangelnde Rücken- deckung durch den Dienstherrn oder Vorgesetzte genannt und eine Vorverurteilung von Polizeibeamten in der Öffentlichkeit angeprangert.

Dass fast die Hälfte der Befragten bereits mindestens teilweise über eine Kündigung nachgedacht hat, ist beunruhigend und sollte ein deutliches Signal für die Öffentlichkeit und insbesondere die Politik sein. Dies bestätigt sich zusätzlich in dem Trend, dass gerade jüngere Kolleginnen und Kollegen vermehrt (im Vergleich zu früheren Zeiten) wegen Unzufriedenheit oder fehlender Wertschätzung bei hoher Belastung kündigen.

Von der Führung innerhalb der Polizei und seitens der Politik kommt zu wenig. Außer Projekte, die den „schönen Schein“ wahren sollen.

Aus dem offenen Umfrageteil werden abschließend beispielhaft Zitate wiedergegeben, welche uns während der Auswertung besonders schockiert oder berührt haben. ■

Komplette Umfrage und Anlagen:



Originalzitate

1. „Die größten Probleme der hessischen Polizei bestehen in der verfassungswidrigen Besoldung und in dem Gefühl, dass sich ‚die da oben‘ lieber um ein lächerliches Leitbild voller Lügen kümmern (und präsentieren) als um ihre Mitarbeiter!“
2. „Ich bin nur noch hier, da ich die Arbeit gerne mache! Fachkräfte jedoch werden bei der Bezahlung und der Überstundenpolitik nicht bleiben. Solange nicht in die Ausbildung, Führung und Ausstattung investiert wird, kann ich leider nicht die Polizei Hessen als Arbeitgeber empfehlen!“
3. „Ich wünsche mir, dass man Angestellte nicht immer nur als lästiges ‚Anhängsel‘ bei der Polizei sieht, sondern als das, was wir sind, eine starke Stütze der Polizei!“
4. „Meine Frau, ebenfalls bei der hessischen Polizei, wird diese höchstwahrscheinlich verlassen. Darüber ist sie traurig, da sie mit Leib und Seele Polizistin ist. Aber sie wird klein gehalten, weil sie nicht so bequem wie andere ist und Missstände offen anspricht. Fehlerkultur ist und bleibt eine Einbahnstraße in der hessischen Polizei.“
5. „Und das Schlimmste ist, dass die allermeisten von uns ihre Arbeit immer noch sehr gerne machen und die meisten von uns ihre Arbeit auch gut machen und doch so wenig Wertschätzung erfahren. Es mangelt nicht an Technik oder Ausrüstung, es mangelt am Menschlichem. Es ist das, was gesagt wird, wie es gesagt wird oder auch wie etwas nicht gesagt wird. Wir brauchen mehr (gute) Leute und eine Politik und Behördenleitung, die hinter uns steht! Denn so wie es aktuell ist, ist es nicht mehr meine Polizei!“
6. „Wenn man in der Freizeit nach dem Beruf gefragt wird und per se die Wahrheit sagt, wird man in letzter Zeit immer mehr bemitleidet. Keiner will mehr spannende Geschichten aus dem Berufsalltag hören. Das Mitleid überwiegt bei Weitem.“
7. „Personal ist rar gesät. Lieber lässt man sein Personal, statt 41 Stunden zu arbeiten, Überstunden machen und fragt sich dann ganz erstaunt, warum denn so viele Stunden anfallen. Macht man keine Überstunden, wird verwundert nachgefragt, ob man denn nichts zu tun hat bzw. dass man sich nicht über zu viel Arbeit beschweren soll – sonst könnte man ja auch länger arbeiten, um die Arbeit zu schaffen.“



11 Marken. 30 Autohäuser. 1 Team.
www.brass-gruppe.de



GdP-Plus
Partner

brass



Wir trauern um Horst Kothe – Mahner und streitbarer Gewerkschafter unerwartet verstorben

Die GdP – Hessen trauert um Horst Kothe, der am 5. Oktober 2023, kurz vor seinem 83. Geburtstag, plötzlich verstorben ist. Seiner Familie und seinen Angehörigen bekunden wir an dieser Stelle unser aufrichtiges Beileid. Für seine Arbeit in der Gewerkschaft der Polizei, im Hauptpersonalrat der Polizei, in den örtlichen Personalratsgremien und in der Kommunalpolitik wurde Horst Kothe aus Fritzlar-Obermöllich bereits im Jahr 2001 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande, ein Jahr nach seiner Pensionierung, ausgezeichnet.

Seine Bezirksgruppe Nordhessen verlieh ihm noch den Titel des „Ehrenvorsitzenden“. Das Bild des „streitbaren Vordenkers, des aktiven Gewerkschafters und engagierten Personalvertreters“ hat sich auch bei mir schon 1992, damals als junger Gewerkschafter im Landesvorstand, fest eingebrannt und in den zurückliegenden Jahrzehnten verfestigt.

Stets offen, ausgleichend und fair, verbunden mit einer großen Portion sozialer Gerech-

tigkeit sind und bleiben die Attribute, die sich mit Horst Kothe verbinden lassen. Ein harter Streiter und Mahner, aber auch im Sinne der Sache zu Kompromissen bereit. Diese Verhaltensweisen brachten ihm nicht nur den nötigen Respekt, sondern auch viele Sympathien auf allen Seiten der Kolleginnen und Kollegen, der Politik und in der Polizeiführung ein.

Persönlich durfte ich in unterschiedlichen Funktionen in der GdP und im Hauptpersonalrat der Polizei auch in den letzten Jahren immer wieder bei gemeinsamen Begegnungen und zuletzt am 9. Februar 2023 bei der GdP-Stern-Verleihung in Kassel von Horst Kothes tiefgründigem Wissen, seinen Erfahrungen und Denkanstößen partizipieren.

Wir werden Horst Kothe ein ehrendes Andenken bewahren und verneigen uns vor seiner Lebensleistung. Unsere Gedanken sind bei Familie, Angehörigen und Freunden.

**Jens Mohrherr, Landesvorsitzender
Gewerkschaft der Polizei Hessen**



Photo: GdP Nordhessen

Jahreshauptversammlung Kreisgruppe Offenbach

17. November 2023 um 10 Uhr im
Polizeipräsidium Südosthessen
Saal Kaiserpfalz 2+3
Spessarting 61
63071 Offenbach